

Niederschrift
über die Sondersitzung des Jugendhilfeausschusses
am 08.07.2026

Tagungsort: Rochdale-Raum, 2. OG, Altes Rathaus
Beginn: 16:00 Uhr
Ende: 16:51 Uhr

Anwesend:

CDU

Frau Bartsch
Herr Henrichsmeier
Herr Özsan

SPD

Frau Weißenfeld
Frau Wend

Vorsitz

Bündnis 90/Die Grünen

Herr Hood

Stellv. Vorsitz

AfD

Herr Gerfen

Die Linke

Frau Koç

FDP

Herr Kasper

Vertreter:innen der freien Jugendhilfe

Frau Bartheidel
Frau Hopster
Herr Müller
Herr Rotter
Frau Wollenberg

Mädchentreff Bielefeld e. V.
AWO Kreisverband
Sportjugend Bielefeld
Der Paritätische
SJD - Die Falken

Beratende Mitglieder

Erster Beigeordneter Herr Nürnberger
Frau Bülter

Herr Hanke

Herr Aykanat

Frau Bernhöft
Frau Häckel
Frau Hoffmann
Frau Krenznel
Herr Vollmer

Dezernat 5
Amt für Jugend und Familie
- Jugendamt -
Amt für Jugend und Familie
- Jugendamt -
Ausschuss für Chancengerechtigkeit
und Integration
Jugendamtselternbeirat
Bielefelder Jugendring e.V.
Evangelische Kirche
Fachbeirat für Mädchenarbeit
BezirksSchüler:innenVertretung

Herr Wilke

AG nach § 78 SGB VIII

Verwaltung

Herr Harring

Herr Leesemann

Frau Rebert

Amt für Jugend und Familie

- Jugendamt -

Stab Dezernat 5 -

Amt für Jugend und Familie

- Jugendamt -

Schriftführung

Gäste

Herr Löhr

Zu TOP 5

Öffentliche Sitzung:

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Die Vorsitzende Frau Weißenfeld eröffnet die 7. Sitzung des Jugendhilfeausschusses (Sondersitzung) und stellt die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Gremiums fest. Zur heutigen Sitzung begrüßt sie insbesondere

- **Carina Altepost** (stellv. stimmberechtigtes Mitglied - FDP)

Die Vorsitzende Frau Weißenfeld bittet alle Anwesenden sich zu erheben und verpflichtet Carina Altepost mit nachfolgender Formel zur gesetzmäßigen und gewissenhaften Wahrnehmung ihrer Aufgaben:

„Ich verpflichte mich, meine Aufgaben als Mitglied des Jugendhilfeausschusses nach bestem Wissen und Können wahrzunehmen, das Grundgesetz, die Verfassung des Landes und die Gesetze zu beachten und meine Pflichten zum Wohle der Stadt zu erfüllen.“

Die Vorsitzende Frau Weißenfeld weist darauf hin, dass die Tagesordnung erweitert bzw. verändert werden soll.

Der bisherige TOP 5 „Einmalige Sonderausgleichszahlungen für einzelne Träger von Kindertageseinrichtungen“ im nichtöffentlichen Teil wird zurückgezogen, da hierzu kein Beschluss erforderlich ist.

Stattdessen wird im öffentlichen Teil ein neuer TOP 4 „Einmalige Sonderausgleichszahlungen für einzelne Träger von Kindertageseinrichtungen“ als Informationsvorlage aufgenommen.

Die Erweiterung bzw. Änderung der Tagesordnung wird beschlossen.

Zu Punkt 1

Mitteilungen

Zu Punkt 1.1

Weiteres Vorgehen Kinder- und Jugendförderplan

Frau Bülter erläutert den Tagesordnungspunkt anhand einer Präsentation. Die Präsentation ist als Anlage Bestandteil dieser Niederschrift.

Frau Bülter teilt mit, der Zeitplan sehe vor, dass im Frühjahr 2027 ein erster Entwurf des Kinder- und Jugendförderplans vorliegen solle. Damit solle vermieden werden, dass es sowohl im Hinblick auf den laufenden Prozess als auch im Gesamtplanungsverfahren zu zeitlichen Schwierigkeiten komme.

Zu Punkt 2

Trägerschaft für die neue Kindertageseinrichtung im Stadtbezirk Brackwede, Brackweder Straße 58, 33649 Bielefeld

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 1352/2025-2030

Ohne weitere Aussprache ergeht folgender

Beschluss:

1. Der Jugendhilfeausschuss hebt seine Entscheidung vom 02.10.2024, die Trägerschaft für die geplante Kindertageseinrichtung „Rosenhöhe“ dem Deutschen Roten Kreuz (DRK Kreisverband Bielefeld e.V.) zu übertragen, auf.
2. Der Jugendhilfeausschuss beschließt in diesem begründeten Einzelfall, von einem erneuten Interessenbekundungsverfahren abzusehen und die Trägerschaft direkt zu vergeben.
3. Der Jugendhilfeausschuss beschließt, dem Evangelischen Kirchenkreis Gütersloh die Trägerschaft für die geplante Kindertageseinrichtung „Rosenhöhe“ zu übertragen.
4. Die Verwaltung wird beauftragt, das weitere Verfahren in enger Zusammenarbeit mit dem ausgewählten Träger und in Abstimmung mit dem Landschaftsverband Westfalen-Lippe – Landesjugendamt – als überörtlichem Träger der Jugendhilfe durchzuführen.

- einstimmig beschlossen -

-.--

Zu Punkt 3

Empfehlender Beschluss der Bezirksvertretung Brackwede zur Nachtragsvorlage "Kapazitätsanpassung in den städtischen Kindertageseinrichtungen zum Kindergartenjahr 2027/2028"

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 1678/2025-2030

Erster Beigeordneter Herr Nürnberger erklärt, dass man das Gremium an diesem Sitzungstag zunächst lediglich um Kenntnisnahme bitte. Im September solle dem Jugendhilfeausschuss eine Beschlussvorlage zu Punkten der Kita-Planung vorgelegt werden, über die dann zu entscheiden sei, da im Herbst gegenüber Trägern sowie Eltern verbindliche Aussagen erforderlich seien.

Erster Beigeordneter Herr Nürnberger weist darauf hin, dass Brackwede voraussichtlich der am stärksten betroffene Bezirk sei. Gleichwohl könne es sein, dass in den nächsten Wochen und Monaten auch in weiteren

Bezirken Informations- bzw. Beschlusslagen erforderlich werden könnten. Zur Einordnung führt er aus, dass das Verfahren zunächst ungewöhnlich erscheine, weil die Kita-Planung üblicherweise erst im März des Jahres 2027 beschlossen werde. Bestimmte Entscheidungen müssten jedoch bereits im Herbst getroffen werden.

Er ergänzt, dass die betroffenen Bezirksvertretungen, insbesondere die Bezirksvertretung Brackwede, vor der Beschlussfassung im Jugendhilfeausschuss nochmals beteiligt werden sollen.

Erster Beigeordneter Nürnberger nimmt Bezug auf das Hinweisschreiben an die Eltern, welches zum einen die aktuelle Situation erläutert. Zum anderen werde darin zugesichert, dass insgesamt ausreichend Plätze in Brackwede vorhanden sein würden und eine wohnortnahe Versorgung sichergestellt werden könne.

Herr Özsan erklärt, er habe den Prozess der Meinungsbildung sowie den Fragenkatalog der Bezirksvertretung Brackwede eng begleitet. Die 51 Fragen seien aus seiner Sicht von großer Bedeutung gewesen, weil damit Antworten auf sämtliche offene Punkte, insbesondere zu den baulichen Gegebenheiten der bestehenden Kindertageseinrichtungen, hätten eingeholt werden sollen. Er hebt hervor, dass die Zustimmung in der Bezirksvertretung Brackwede parteiübergreifend erfolgt sei. Als wesentlichen Kritikpunkt benennt er, dass die Beteiligten im Vorfeld nicht ausreichend mitgenommen und informiert worden seien, obwohl es sich um tiefgreifende Einschnitte in das Kita-Leben im Bezirk Brackwede handele. Er regt an, die Bezirke künftig enger in die Entscheidungsfindung einzubeziehen, da vergleichbare Problemlagen auch in anderen Bezirken auftreten könnten.

Herr Özsan berichtet weiter, von Kita-Leitungen und Eltern sei gegenüber der Politik kommuniziert worden, dass bereits Kinder abgewiesen worden seien. Dies habe zu erheblicher Gegenwehr geführt und Familien mit vielen offenen Fragen zurückgelassen. Einen solchen Zustand halte man künftig für nicht wünschenswert. Vor diesem Hintergrund begrüßt er ausdrücklich die Formulierungen des Hinweisschreibens. Das Schreiben vermittele Eltern und Familien, dass ihre Kinder im Stadtteil untergebracht würden, auch wenn dies gegebenenfalls nicht in der gewünschten Einrichtung erfolgen könne. Diese Zusage wertet er als wichtiges Signal an Eltern und Kinder.

Herr Hood erklärt, er sei über die Entwicklung in Brackwede ebenfalls irritiert gewesen. Zugleich weist er darauf hin, dass in der Bezirksvertretung nicht alle Beteiligten in gleicher Weise abgestimmt hätten und die Diskussion differenziert verlaufen sei. Er betont, zu keinem Zeitpunkt habe in Frage gestanden, dass Kinder aus Brackwede keinen Kindergartenplatz in Brackwede erhalten würden. Vielmehr sei die besondere gesamtstädtische Situation zu berücksichtigen, insbesondere im Hinblick auf sinkende Kinderzahlen sowie die Rahmenbedingungen der Kindpaulschalen, die bestimmte Maßnahmen notwendig machen. Deshalb müsse auf veränderte Rahmenbedingungen reagiert werden.

Herr Hood spricht sich dafür aus, dass die Bezirksvertretungen in das Verfahren einbezogen werden, und erklärt, nach seiner Einschätzung bestehe Einigkeit darüber, dass die Kommunikation nicht rechtzeitig ge-

nug angelaufen sei. Zugleich äußert er Zweifel, ob der Brief an die Eltern möglicherweise neue Verteilungen ausgelöst habe. Das maßgebliche Signal müsse aus seiner Sicht sein, dass für alle Kinder im Bezirk Brackwede möglichst wohnortnah ein Platz ermöglicht werde, auch wenn nicht in jedem Fall die jeweilige Wunsch-Kita berücksichtigt werden könne und teilweise auch Gruppenschließungen im Raum stünden. Darüber hinaus bittet er um eine rechtliche Einordnung, wie der Beschlussteil der Bezirksvertretung im Verhältnis zur Informationsvorlage und zur späteren endgültigen Beschlussfassung des Jugendhilfeausschusses zu bewerten sei.

Frau Wend führt aus, die Kita-Planung stelle sich unter den neuen Rahmenbedingungen sinkender Kinderzahlen als besonders herausfordernd dar. Dabei nehme der Stadtbezirk Brackwede eine besondere Rolle ein. Hinsichtlich des Informationsflusses gebe es aus ihrer Sicht unterschiedliche Bewertungen. Sie verweist zudem darauf, dass sowohl das Meinungsbild als auch das Abstimmungsverhalten in der Bezirksvertretung Brackwede differenziert gewesen seien. Es erscheine ihr nicht sinnvoll, diese Diskussion im Jugendhilfeausschuss weiter zu vertiefen, da es sich insoweit um eine Herausforderung innerhalb der Bezirksvertretung Brackwede handele. Sie warnt zugleich davor, ohne Weiteres auf andere Stadtbezirke zu übertragen, dass es dort zu vergleichbaren Unstimmigkeiten gekommen sei. In vielen anderen Bezirken habe es ebenfalls Abweichungen von ursprünglichen Planungen gegeben, die jedoch mit Kompromissbereitschaft auf allen Seiten reibungslos bearbeitet worden seien.

Erster Beigeordneter Herr Nürnberger nimmt abschließend erneut Stellung und erklärt, die Bewertung, ob die Information frühzeitig erfolgt sei, müsse letztlich von den Gremien selbst vorgenommen werden. Aus Sicht der Verwaltung sei der Ablauf jedoch frühzeitig gewesen. Unmittelbar nach der Kommunalwahl, als die Bezirksvertretungen und auch der Jugendhilfeausschuss ihre Arbeit aufgenommen hätten, habe die Verwaltung bereits eine Informationsvorlage als eine Art Warnhinweis vorgelegt, wonach sich in diesem Bereich erhebliche Veränderungen abzeichneten. Zwar hätten zu diesem Zeitpunkt noch nicht alle Details festgestanden, insbesondere nicht, an welchen Kindertageseinrichtungen es möglicherweise zu Gruppenschließungen kommen könnte. Gleichwohl habe die Verwaltung die Problemlage frühzeitig angezeigt und weiterbearbeitet.

Erster Beigeordneter Herr Nürnberger ergänzt, dass sich die laufende Kita-Planung derzeit als außerordentlich aufwendig erweise. Der Aufbau von Kita-Plätzen sei politisch einfacher gewesen als der nun erforderliche Abbau bzw. die Anpassung bestehender Strukturen. Gemeinsam mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Jugendamtes führe er hierzu zahlreiche Gespräche. Sobald ein belastbarer Vorschlag habe unterbreitet werden können, habe man versucht, die Gremien bereits vor dem eigentlichen Kita-Bedarfsplan im März 2027 einzubeziehen. Dass dies in der Bezirksvertretung Brackwede nur begrenzt akzeptiert worden sei, ändere aus seiner Sicht nichts an dem dargestellten Verfahrensablauf.

Erster Beigeordneter Herr Nürnberger äußert sich auch zu dem Elternbrief und bezeichnet dessen Entstehung als Ausdruck einer schwierigen Abwägung. Einerseits könne der Eindruck entstehen, die Beratung der Eltern nehme Entscheidungen vorweg. Andererseits halte er das nun

vorliegende Schreiben insgesamt für sachgerecht, weil es freundlich formuliert sei, Zuversicht vermittele und eine einheitliche Sprachregelung für alle betroffenen Kindertageseinrichtungen sicherstelle.

Erster Beigeordneter Herr Nürnberger erläutert schließlich die Aufgabenteilung zwischen Bezirksvertretungen und Jugendhilfeausschuss. Die Bezirksvertretungen würden in die Kita-Planung einbezogen und könnten empfehlende Beschlüsse fassen. Deshalb sei es wichtig, dass die für die erste Sitzung des Jugendhilfeausschusses nach der Sommerpause vorbereitete Vorlage zuvor erneut in die betroffenen Bezirksvertretungen, auf jeden Fall in die Bezirksvertretung Brackwede, eingebracht werde. Sollte die Bezirksvertretung Brackwede ihre Position ändern oder bekräftigen, werde dies dem Jugendhilfeausschuss als beschlussfassendem Gremium zusammen mit der Empfehlung vorgelegt, sodass dieser auf dieser Grundlage entscheiden könne.

Die Vorsitzende Frau Weißenfeld dankt für die Ausführungen und hält fest, dass sich der Jugendhilfeausschuss im September erneut mit der Angelegenheit befassen werde. Zugleich verweist sie darauf, dass der Ausschuss auch im Falle etwaiger Betroffenheiten anderer Stadtbezirke frühzeitig informiert werden solle.

-.-.-

Zu Punkt 4

Einmalige Sonderausgleichszahlungen für einzelne Träger von Kindertageseinrichtungen

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 1711/2025-2030

Die Vorsitzende Frau Weißenfeld führt in den neuen TOP 4 „Einmalige Sonderausgleichszahlungen für einzelne Träger von Kindertageseinrichtungen“ ein. Sie erläutert, dass diesem eine Beschlussvorlage zugrunde liege, die den Ausschussmitgliedern bereits im nichtöffentlichen Teil vorgelegen habe. Zugleich weist sie darauf hin, dass der Kämmerer klargestellt habe, dass keine Beschlussfassung vorgesehen sei, da die Zahlung innerhalb des vorhandenen Budgets gedeckt werden könne. Daher handle es sich nun nur noch um eine Informationsvorlage.

Frau Hoffmann erklärt, die behandelten Themen hätten die hohe Dynamik und die derzeit unsicheren Rahmenbedingungen im Bereich der Kindertageseinrichtungen deutlich gemacht. Die gefassten Beschlüsse seien daher ein wichtiges politisches Signal, da die Träger Planungssicherheit benötigten. Für die anstehenden Trägergespräche im Herbst sei es hilfreich, mit den entwickelten Überlegungen in die Gespräche zu gehen und den Trägern entsprechende Sicherheit zu vermitteln.

Sie betont, dass die Politik erkennbar bemüht sei, Lösungen zu finden. Dies betreffe sowohl den vorliegenden Beschluss als auch Unterstützungsbedarfe aufgrund ausgebliebener Zahlungen sowie mögliche Ausweich- und Übergangslösungen für Träger. Das Kinderbildungsgesetz gebe hierfür derzeit keine ausreichenden Antworten. Sie bedankt sich dafür, dass die Themen intensiv beraten würden, und hebt die Bedeutung hervor, die unterschiedlichen Belange der Träger weiterhin politisch im Blick zu behalten.

Die Vorsitzende Frau Weißenfeld dankt Frau Hoffmann für die Einordnung mit Blick auf die Trägerlandschaft. Sie ergänzt, dass auch von Trägern die Rückmeldung gekommen sei, zunächst die weitere Entwicklung beim KiBiz abzuwarten. Dies zeige, dass weiterhin Fragen offen seien und die Themen den Ausschuss auch im kommenden Halbjahr beschäftigen würden.

Das Gremium nimmt die Informationsvorlage zur Kenntnis.

Die Vorsitzende Frau Weißenfeld schließt die öffentliche Sitzung.

-.-.-

Gez. Regine Weißenfeld
Vorsitzende

Gez. Jana Rebert
Schriftführung